



AKTUELLES AUS LANDESREGIERUNG UND LANDTAG

Streit um Besoldung – DGB und GdP kündigen Aktionen an

Weit liegen die Positionen zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften beim Thema Besoldung auseinander. Die Regierung Beck will knausern und der Polizei, den Lehrern und den anderen Beamtinnen und Beamten des Landes kaum mehr Geld zahlen.

Enttäuscht und zornig reagieren die Staatsdiener auf die Regierungspläne, den Anstieg der Monatsbesoldung bis 2009 auf zwei Anhebungen von je 0,5 Prozent zu begrenzen. Im Mai soll das entsprechende Gesetz in das parlamentarische Verfahren des Landtages eingebracht werden. Der Bund und andere Länder zahlen ihren Beamtinnen und Beamten weit mehr. So sind mehrere Hundert Euro Einmalzahlungen für 2006 und 2007 ausgewiesen, ab 2008 lineare Anhebungen um 2,9 Prozent der Standard.

Entsprechend die Reaktion in den Gewerkschaftsführungen von DGB und GdP: „Kurt Beck hat immer von der einheitlichen Entwicklung der Einkommen im öffentlichen Dienst gesprochen und darüber hinaus selbst angesichts der anziehenden Wirtschaft gefordert, jetzt müssten auch die Arbeitnehmerinkommen kräftig steigen. Das muss er jetzt auch im eigenen Haus umsetzen“, meint Ernst Scharbach.

DGB und GdP haben ihre Besoldungsforderungen präsentiert: Für 2007 soll es eine sozial gestaffelte Einmalzahlung von 900 Euro für den mittleren, 600 Euro für den gehobenen und 450 Euro für den höheren Dienst geben. Ab 1. Januar 2008 sollen die Monatseinkommen um 2,9 Prozent angehoben werden.

In den nächsten Wochen wird ausgelotet, ob die Regierung zu entsprechenden Verhandlungen bereit ist. Parallel bereiten sich die Gewerkschaften darauf vor, ihre Forderungen mit einer Aktionskette zu untermauern. Heinz-



Viel Arbeit kommt nach der Föderalismusreform auf den neuen Fachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht der GdP zu. V. l. n. r.: Gerhard Hubach, Heinz-Werner Gabler, Alois Rosinus, Reinhold Zimmer, Ulrich Nieß, Birgit Bai, Wilfried Minning, Uwe Scheidt, Horst Zwank und Bernhard Schweitzer

Werner Gabler, im GdP-Vorstand für Beamtenfragen zuständig, erwartet heftige Reaktionen: „Die Kolleginnen und Kollegen haben beim Weihnachts- und Urlaubsgeld erhebliche Abstriche hinnehmen müssen, zahlen bei der Beihilfe kräftig zu und erwarten nach zwei Nullrunden, dass es jetzt endlich bei den Einkommen ein angemessenes Plus gibt. Wenn die Regierung hart bleibt, wird eine Protestwelle rollen.“

Ohnehin befürchten viele, dass sich die Befürchtung bestätigt, die Länder würden die mit der föderalen Reform gewonnene Kompetenz zur eigenständigen Regelung von Beamtenrechten, Besoldung und Versorgung schon im ersten Auftritt zu einer weiteren großen Sparaktion nutzen.

Die GdP stellt sich frühzeitig auf diese Entwicklung ein. Inzwischen hat unser personell verstärkter Fachausschuss Beamte

unter Leitung von Bernhard Schweitzer, dem Beisitzer Beamte im GdP-Landesvorstand, seine Arbeit aufgenommen. Erster Beratungspunkt bei der Sitzung war der aktuelle Gesetzentwurf der Landesregierung zur Absenkung

der Eingangsbesoldung und zur Neuregelung der Altersteilzeit. Nach Anhörung von Rechtsexperten will die Regierungsfraktion das Inkrafttreten des Gesetzes um sechs Monate hinausschieben. Der Opposition reicht das nicht. Auch die GdP fordert, generell auf die Streichung von über 100 Euro monatlich bei den jungen Polizistinnen und Polizisten zu verzichten, die nach ihrer Ausbildung ohnehin nur knapp über 1600 Euro Monatssalär beziehen werden.

Die Besoldung ist beileibe nicht einziger Streitpunkt: Der Protest richtet sich auch gegen die erheblichen Kürzungen bei den Beförderungen. Von Ministerpräsident Beck erwartet die GdP, dass er die Stellen für 2007 aufstockt und 2008 mit einem Nachtragsetat bessere Perspektiven für den gehobenen Polizeidienst schafft. **TW**

AKTUELL IN DIESER AUSGABE

■ **BEIM JUSTIZMINISTER**
Seiten 2 und 3

■ **G-8-GIPFEL**
Seite 4

■ **AUS DEM HPRP**
Seite 6

■ **AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN**
Seite 8

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Antrittsbesuch beim Justizminister

Der erste Besuch der GdP beim neuen Justizminister Dr. Heinz Georg Bamberger und seiner Staatssekretärin Beate Reich geriet zu einem fachlichen Austausch veritablen Ausmaßes. „Wir sollten jedes Jahr ein solches Gespräch führen“, meinte Bamberger und bedankte sich nach dem mehrstündigen Meinungsaustausch für die von der GdP-Delegation vorgetragenen Anregungen, Forderungen und Einschätzungen.

Beim Thema **Gewalt in engen sozialen Beziehungen** bescheinigt der Minister der Polizei nicht nur gute Arbeit, sondern würdigt sie als treibende Kraft. In den Reihen der Justiz könne ebenfalls auf eine sehr positive Entwicklung zurückgeblückt werden, es müsse aber punktuell noch für



Wie eng und vielfältig die Sicherheitsarbeit von Justiz und Polizei miteinander verflochten ist, zeigte sich erneut beim GdP-Gespräch im Justizministerium. Im Bild v. l. n. r.: Gerald Gouasé, Justizminister Dr. Heinz Georg Bamberger, Justizstaatssekretärin Beate Reich, Ernst Scharbach und Bernd Becker


mehr Akzeptanz und Sensibilität erworben werden. Gerald Gouasé, Vorsitzender des Fachausschusses Kriminalpolizei, bestätigte die Einschätzung des Ministers und wies darauf hin, dass die Anwendung des Gewaltschutzgesetzes durch die Familiengerichte zunehmend problemloser und gut verzahnt mit den Interventionsstellen und der Polizei ablaufe. Schwierig werde es, wenn das Gewaltschutzgesetz nicht greife, weil die Partnerschaft noch nicht lange genug bestehe. Die dann zuständigen Zivilgerichte seien mit der Materie nicht vertraut. Zuweilen werde auch von Betroffenen berichtet, dass sie von Polizei und Interventionsstelle gut beraten worden seien, bei Gericht aber vor unüberwindbaren Amts- und Zuständigkeitschranken gestanden hätten. Fälschlicherweise werde in Einzelfällen darauf hingewiesen, man benötige einen Anwalt, um eine gerichtliche Entscheidung erwirken zu können.

Große Übereinstimmung herrschte bei der Frage, ob die Strafmündigkeit abgesenkt werden sollte. Minister Bamberger, Staatssekretärin Reich und die GdP lehnen entsprechende Forderungen eindeutig ab. Hand-

lungsbedarf sieht GdP-Chef Ernst Scharbach an anderer Stelle; die Politik müsse sich dem Thema ressortübergreifend widmen. Von wenigen Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden, gehe eine erhebliche Gefahr und ein großes kriminelles Potenzial aus.

Auch wenn bei geschätzten 20 bis 30 **jugendlichen Intensivtätern** im Land nicht von einem Massenphänomen die Rede sein könne, müsse sich der Staat konsequent um diese jungen Menschen kümmern. „Jugendliche Intensivtäter müssen noch früher entdeckt und dann von mehreren Institutionen gemeinsam und interdisziplinär durchgehend begleitet werden“, meint Kriminalist Gouasé und verweist darauf, dass dies durch die Einführung der Jugendsachbearbeitung in Rheinland-Pfalz und die Einrichtung des **Hauses des Jugendrechts** in Ludwigshafen (JureLU) schon besser gelinge. Jugendamt und Jugendgerichtshilfe müssten frühzeitig mit im Boot sein, auch das sei im JureLU sichergestellt. Ernst Scharbach regt an, fachübergreifend das Problem der Unterbringung strafunmündiger Kinder, bei denen oftmals weder die Identität,

noch das korrekte Alter feststehe, anzugehen. Aus den Kinderheimen, in die sie gebracht werden, entweichen sie oftmals in kürzester Zeit, um erneut Mitmenschen zu Opfern zu machen und bei der Polizei „aufzulaufen“. Scharbach: „Die Frage des regelmäßigen Entweichens muss einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden – den Kopf vor den Problemen in den Sand zu stecken, hilft jedenfalls nicht!“ In diesen Kontext gehöre auch der Umgang mit den vier Plätzen zur Vermeidung von U-Haft für Jugendliche in einer geschlossenen Einrichtung in Ba-



Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

Anzeige



PSW-Rabatt?
www.psw-reisen.de
0 61 31/9 60 09 23

GESPRÄCHE MIT POLITIKERN

den-Württemberg. Das sei bei der Polizei teilweise gar nicht bekannt.

Die GdP schlägt vor, in einem gemeinsamen Projekt von Justiz-, Sozial- und Innenministerium – etwa am Kriminologischen Lehrstuhl der Uni Trier – die Problematik um die jugendlichen Intensivtäter wissenschaftlich aufzuarbeiten und die notwendigen



Ernst Scharbach

Konsequenzen zu ziehen. Mit dem **JureLU** beim PP Rheinland-Pfalz – so die Einschätzung aller Gesprächsteilnehmer – sei man auf dem richtigen Weg. Minister Bamberger unterstützt die Einrichtung weiterer Häuser in den anderen vier Oberzentren. Die Schilderungen der GdP über einen Besuch vor Ort stießen bei Bamberger und Reich auf reges Interesse. Die GdP zeigte sich besorgt über die **personelle Unterbesetzung** auf Seiten der Staatsanwaltschaft. Kleine und schwere Delikte würden zügig bearbeitet – auf der Strecke blieben häufig die mittelschweren Delikte. Bamberger wies darauf hin, dass er bereits auf die Unterbesetzung in Ludwigshafen reagiert habe. Er werde sich das JureLU selbst ansehen.

Aufklärung gab es durch den Minister zu der Frage, wie denn das Mittel der **Mediation in Strafverfahren** eine Rolle spielen könne. Anders als Diversion und Täter-Opfer-Ausgleich sieht Bamberger die Mediation eher für sehr komplexe Verfahren als geeignet an. Seine Initiativen zielen darauf, in solchen Verfahren mit vielen Beschuldigten

den Streitstoff zu beschränken und die Ressourcen zu schonen. Beispielsweise hätten in den aufwändigen Ärzteverfahren



Bernd Becker

per Mediation andere Verläufe erzielt werden können.

Obduktionen, Gutachten, Dolmetscherkosten. All das geht zu Lasten des **Polizeihaushaltes**. Warum eigentlich, wollte die GdP vom Justizminister wissen, sei doch in aller Regel der Polizist bei der Auftragserteilung nur Sprachrohr der Staatsanwaltschaft. Das einfachste sei es doch, die Rechnung direkt an die Staatsanwaltschaft zu schicken, schlägt die GdP vor. Der Justizminister sieht darin kein grundsätzliches Problem, da es immer um den Landshaushalt gehe. Er zeigt aber Verständnis dafür, dass ein solch unkalkulierbarer Posten in einem budgetierten Haushalt nur schwer handhabbar ist.

Scharbachs Vertreter Bernd Becker informierte Beate Reich und Dr. Bamberger über die GdP-Forderung nach einem **amtlich bestellten Leichenbeschauer**. „Alles, was unterhalb dieser Forderung dazu beiträgt, Tötungsdelikte besser zu erkennen, ist ein Schritt in die richtige Richtung“, meint er und führt an, dass die GdP seit Jahren fordere, die ärztliche **Todesbescheinigung redaktionell zu verändern** und für Ärzte verständlicher zu machen. Die Benennung und Ausbildung einiger Ärzte auf Ebene der Landkreise und großen Städte sei sicher auch zielführend. Im Zusammenhang mit Ehrenmorden und

Suiziden in subkulturellen Gesellschaftsbereichen regt die GdP an, das Thema kriminologisch zu untersuchen und sagte nähere Informationen zu.

Die durch Staatssekretärin Reich eingebrachten Themen **Sexualstraftäterdatei** und Führungsaufsicht sorgten für lebhaften Gedankenaustausch. Wichtiger als eine zusätzliche Datei sei es, die vorhandenen polizeilichen Daten besser nutzbar, sprich recherchierfähig, zu machen. Die Einführung von POLADIS-zentral mit einem landesweiten Tagebuch der Polizei sei ein richtiger Schritt. Die Initiatoren der Sextäter-Datei zielen offenbar darauf ab, diese nach amerikanischem Muster außerhalb der Ermittlungsbehörden zugänglich zu machen, was von den GdP-Vertretern einhellig abgelehnt wurde.

Gouasé und Becker wiesen die Spitze des Justizministeriums auf andere womöglich vorhandene Verbesserungspotenziale hin: So würden nach einer neuen Studie etwa 80% der **pädophil veranlagten Sexualstraftäter** rückfällig, aber nur 10 bis 15% der Pädophilen würden begutachtet und therapiert. Den Medien sei zu entnehmen gewesen, dass aufgrund dieser Erkenntnis in der Schweiz jeder verurteilte Pädophile therapiert werde, was die Rückfallquote erheblich gesenkt habe. Justizminister Bamberger nahm den Hinweis interessiert und dankbar auf.

Zum Thema **DNA-Analyse** hinterließ die GdP die Bitte, die Anordnungspraxis der Staatsanwaltschaft einer Prüfung zu unterziehen. Der Antrag müsse während des Verfahrens kommen, nicht erst nach Abschluss des Verfahrens. Es sei im Übrigen – so Bernd Becker – genau so gekommen, wie es die GdP vor guter Jahresfrist bei der StPO-Änderung befürchtet habe: Die „armen Dummen ohne Rechtsanwalt“ hinterlassen bei der Polizei freiwillig eine Speichelprobe, die auch in die Datei aufgenommen wird, während die „reichen Schlaunen mit Anwalt“, die auf Vorladung nicht erscheinen, um die Speichelung herumkommen. Dies sei der Eindruck der aus der Praxis geschildert werde.

Schließlich gelang es der GdP-Delegation den Minister für ein akutes Problem zu sensibilisieren: Die Bewältigung **komplexer Verfahren wegen Kinderpornografie**. In bundesweiten Verfahren mit tausenden Beschuldigten können für ein Polizeipräsidium unter Umständen mehrere hundert Verfahren anfallen, die mit der vorhandenen Personaldecke nicht mehr in vertretbarer Zeit abgearbei-



Gerald Gouasé

tet werden können, wissen die GdP-Leute zu berichten. Dabei sei zu berücksichtigen, dass nach bisheriger Rechtsprechung der Gerichte, beschlagnahmte PC-Anlagen binnen eines Zeitraumes von sechs bis neun Monaten an die Beschuldigten zurückgegeben werden müssen.

Minister Bamberger und Staatssekretärin Reich zogen eine positive Bilanz des Gesprächs mit der GdP. Wir auch.

GG/ES/BB

Anzeige



PSW-Rabatt?
www.psw-rp.de
 0 61 31/9 60 09 31

G-8-Gipfel wirft Schatten voraus

Für die rheinland-pfälzische Polizei rückt der Einsatz G-8-Gipfel näher.

Aktuell unterstützen schon acht Polizeibeschäftigte aus verschiedenen Dienststellen unseres Landes den in Mecklenburg-Vorpommern gebildeten Planungsstab. Nach Planung des ISM werden Kolleginnen/Kollegen einer Einsatzabteilung (Führungsstab, zwei Einsatzhundertschaften, eine BFE), einer Spezialeinheit des SEK, einer Wechselbesatzung mit Polizeihubschrauber, dem Landeskriminalamt, und der Wasserschutzpolizei der dortigen Einsatzleitung unterstellt. Mehrere hundert Kolleginnen und Kolle-

gen aus Rheinland-Pfalz werden die polizeilichen Maßnahmen rund um den G-8-Gipfel in Heiligendamm unterstützen. Das erfordert einen hohen logistischen Aufwand. Gerade Einsätze mit mehreren Tagen Vor- und Nachlauf sind für die Einsatzkräfte sehr belastend. Damit verbinden sich für sie Fragen der Arbeitszeitregelung, Unterbringung und Verpflegung. Die GdP hat den Abteilungsleiter Polizei im ISM, Joachim Laux, gebeten, über den aktuellen Planungsstand für den Einsatz zu informieren. Gleichzeitig signalisierten wir gegenüber dem ISM, dass die von den Innenministern beschlossenen Standards zur Unterbringung

von Polizeikräften bei Großlagen natürlich Anwendung finden müssen.

Lange Anfahrtswege zu den Einsatzorten, Massenquartiere in teilweise stillgelegten militärischen Unterkünften, Einsatzverpflegung – wahrscheinlich wieder durch einen per Ausschreibung gefundenen Caterer – und brisante Einsatzszenarien werden die Kolleginnen und Kollegen erneut sehr belasten. Erfahrungswerte liegen hier aus dem vergangenen Sommer anlässlich der teuersten Grillfete, die Deutschland je erlebte, vor. Bleibt zu hoffen und zu wünschen, dass die Einsatzlage ruhig bleibt. Die GdP und die Personalräte werden vor Ort die

KURZ & KNACKIG

■ Pension befohlen

Die Bundeswehr plant für tausende von Soldaten die Frühpensionierung. Weil es einen Überhang älterer Feldweibel gibt, so das Bundesverteidigungsministerium, sollen über 4000 von ihnen jetzt schon mit 50 in den Ruhestand. Bisher wurden sie mit 53 pensioniert, Hauptleute mit 54. Nach internen Berechnungen muss der Bund 109,9 Mio. Euro für die Frühpensionierungen aufbringen. Stopp: Bitte keine Vergleiche mit unserer Polizei ziehen.

eingesetzten Kolleginnen und Kollegen betreuen.

HK

FACHAUSSCHUSS

FA Schutzpolizei konstituiert

Der GdP-Fachausschuss Schutzpolizei hat seine Arbeit aufgenommen. Bei seiner ersten Sitzung wählten die Fachvertreter aus den Bezirks- und Kreisgruppen ihren Vorstand und trafen die grundsätzlichen Abstimmungen für die Arbeit in der Periode. Den Vorsitz übernahm erneut Reiner Hamm.

Stellvertretender Vorsitzender wurde Manuel Wehrmann, der neu in den Ausschuss beru-

fen wurde. Ebenfalls neu im Ausschuss arbeitet Klaus Sommer mit, der die Fachinteressen Schutzpolizei im Bundesfachausschuss vertreten wird. Volker Orben wurde als Schriftführer bestätigt.

Der Fachausschuss unterstützt den Landesvorstand, arbeitet auf seinen Hinweis und Auftrag. Er wird aber in Fachthemen auch selbst initiativ.

Die erste Sitzung wurde genutzt, um die Beschlüsse des Landesdelegiertentages 2006 aufzugreifen und um die eigenen Arbeitsfelder für die nächsten vier Jahre festzulegen. Unter anderem steht die Planung und Durchführung von Schutzpolizeiforen an. Als Schwerpunktthemen wurde beispielsweise „Stalking“, „Tatort Autobahn“ oder „Gewalt und Sport“ genannt. Als zeitlich dringendes Arbeitsfeld erkannte der Ausschuss die neue Dienstsporthrichtlinie. Auch mit der Problematik: „Wie lässt sich der tägliche



Unter bewährter Leitung von Reiner Hamm und neuen Kräften nimmt der Fachausschuss Schutzpolizei seine Arbeit auf. Im Bild v. l. n. r.: Peter Busch, Bernd Schüller, Manuel Wehrmann, Gerd Michler, Klaus Sommer, Klaus Spies, Andreas Fingerle, Volker Kunz, Ingo Schütte und Volker Orben

Dienst mit eingeschränkt dienstfähigen Kollegen bewältigen?“, will sich der Ausschuss beschäftigen. Es gilt Alternativen in der Verwendung dieser Kolleginnen und Kollegen zu entwickeln, die allen Seiten gerecht werden und die jeweilige Einschränkung gebührend berücksichtigen. Dabei darf die Mehrbelastung, die in manchen Bereichen entsteht,

nicht außer acht gelassen werden.

Der Fachausschuss Schutzpolizei will eng mit den anderen Fachausschüssen und insbesondere mit dem Fachausschuss Kriminalpolizei kooperieren. So wird es unter anderem gemeinsame Seminare geben. Schließlich verstehen wir uns als eine Polizei !!!

Ingo Schütte



Reiner Hamm

BEWEGENDER ABSCHIED

Franz Kirchberger im Ruhestand

Hätte man alle zu Wort kommen lassen wollen, die ihm zu Dank verpflichtet sind, so wäre die dreistündige Abschiedsfeier unseres Polizeipräsidenten von Mainz um ein Vielfaches verlängert worden. Selbst die Sitzplätze in der Aula der BePo in Mainz reichten nicht aus. Die rege Teilnahme der Kolleginnen und Kollegen aus Rheinland-Pfalz, angrenzenden Bundesländern, der Bundespolizei, der Amerikaner und der Franzosen wurde umrahmt von Vertretern vieler gesellschaftlicher Organisatio-

„Wachtmeister“, gleich A 5 mit Fußnote, hat er eine beachtliche Zahl von verantwortlichen Stationen gemeistert. Leiter der Landespolizeischule, Polizeipräsident in Trier, Inspekteur der Polizei, Polizeipräsident in Mainz. Mit seinem Namen unauflösbar verbunden sind seine Analysen zur Reform der Polizei, die 1993 umgesetzt wurde. Sie trug nicht umsonst den Namen: Kirchberger-Kommission. Ebenso untrennbar mit seiner vorausschauenden Gelassenheit, Geduld und Beharrlichkeit



Hohes Lob und verdiente Ehrungen für Franz Kirchberger bei seiner Verabschiedung in den Ruhestand.



Nach hervorragender beruflicher Leistung in den Ruhestand verabschiedet: Franz Kirchberger (Mitte) mit Innenminister Karl Peter Bruch (rechts) und dem neuen Mainzer Polizeipräsidenten Karl-Heinz Weber

nen – dies machte einmal mehr deutlich, welchen Stellenwert die Person Franz Kirchberger bei den Kommunen, den Landkreisen, den Kirchen, dem Weißen Ring einnahm.

Franz Kirchberger hat eine Traumkarriere hingelegt. Angefangen bei der Polizei als

verbunden: Die Kommission Innere Führung, in der quasi alle prägenden Elemente unserer modernen Bürgerpolizei angestoßen wurden und die Reform der Ausbildung, von der unsere jungen Berufseinsteiger bei der Fachhochschule heute profitieren. Geradezu beängstigend

brillant waren seine Reden. Kirchberger, ein gebildeter Humanist mit einem herzlichen Menschenbild, wusste die richtigen Worte zu finden. Es war ein Genuss, ihm zuhören zu dürfen.

Für die Personalräte und die Gewerkschaft der Polizei überbrachte Horst Vinhoven die bes-

ten Glückwünsche. Beide hoben den für die Polizei und ihre Mitarbeiter so wichtigen konstruktiven Dialog hervor. Franz Kirchberger dankte der GdP, der er seit 43 Jahren angehört, für ihre Unterstützung auf dem schwierigen Weg zur Bürgerpolizei – die GdP bedankt sich bei Franz Kirchberger für die vielfältigen Diskussionen, gerade auch bei der Entwicklung der gewerkschaftlichen Grundsatzzpositionen und -programme.

Am Abschiedstag gab es Überraschungen zuhauf. Ulrike Neradt und Kollegin Silke Kunz vom LKA sangen für ihn, selbst die Allgemeine Zeitung wartete mit einem Sonderdruck auf: „Ade, Franz Kirchberger!“

Mit rührenden und gerührten Worten dankte Kirchberger seinen Abschiedsgästen – nicht zuletzt dem Polizeiorchester als beständigem Bestandteil seiner Adventskonzerte im Dom. „Bei allen wichtigen Stationen meines beruflichen Lebens haben Sie mir aufgespielt. Ich wünsche Ihnen, dass Sie noch vielen Menschen mit ihrer Musik Freude bringen werden!“

Und bei seiner Replik auf seine Frau, seine Kinder und Enkelkinder, konnte auch unser großer Franz seine innere Bewegung nicht mehr unterdrücken.

Lieber Kollege Franz Kirchberger: Deine GdP dankt Dir und wünscht von Herzen alles Gute für einen erfüllten Ruhestand!

Ernst Scharbach

Dienstsportrichtlinie verabschiedet

Falschbetankung: ISM reagiert auf Vorschläge des HPRP. Die ZPT bestellt nur noch Tankkarten, mit denen ausschließlich Diesel bezahlt werden kann. Der Tankfehler wird somit spätestens an der Kasse auffallen.

Zur Reduzierung der Vielzahl der **Straftatenschlüssel** setzt das ISM auf Anregung des HPRP eine AG ein. Der Umfang der Schlüssel soll soweit möglich vermindert werden.

Seit 1. Januar 2006 ist die **DA Videodokumentation** in Streifenwagen in Kraft. Die vom HPRP erbetene Evaluation ergab bei den Präsidien ausschließlich positive Bewertungen. Die Sequenzen würden in erster Linie zur Einsatznachbereitung genutzt.

Der HPRP hat der **Dienstsportrichtlinie** zugestimmt. Nicht alle Wünsche der örtlichen Personalräte wurden vom ISM akzeptiert. Die Sportarten bleiben begrenzt, Allein-Sporttreibende

müssen sich bei einer Dienststelle an- und abmelden. Kritisiert wurden ferner mangelnde Duschgelegenheiten auf manchen Dienststellen und die Nichtausgabe von Sportbekleidung. Im Rahmen des betrieblichen Gesundheitswesens sollen für Nicht-PolizeibeamtInnen Angebote erarbeitet



werden. Details stehen noch aus. Dennoch hält der HPRP den Erlass der Richtlinie für einen großen Fortschritt, um die Unsicherheiten bei der Sportausübung zu beenden und für eine einheitliche Handhabung im Land zu sorgen. Mit dem ISM wurde vereinbart, bis zum Ende des Jahres 2008 die

gemachten Erfahrungen auszuwerten und evtl. Anpassungen der RiLi vorzunehmen.

Der Bedarf an **Fort- und Weiterbildung** bei den PolizistInnen wird seit Jahren vorbildlich erhoben – nun soll dies auch bei den übrigen Beschäftigten geschehen. Das ISM initiierte eine Umfrage bei den Behörden und Einrichtungen. Sie basiert auf der mit den Gewerkschaften vereinbarten „Gemeinsamen Zielvereinbarung“.

Den neuen **KPS-Richtlinien** stimmte der HPRP zu. Nicht der Mitbestimmung unterliegende Anregungen aus den Personalräten wurden an das ISM weitergeleitet.

Koll. **Randolf Stich** von der Zentralstelle für IT-Management stellte dem HPRP die **Ausschreibungen** für Drucker, Monitore, PC und Schlepptops vor. Das ISM nimmt die Anregungen des HPRP auf, um die Gesund-

heitsgefahren, die von den Laserdruckern ausgehen, zu minimieren. Vermutlich wird die Ausschreibung der Drucker zu Gunsten der Entwicklung eines Druck-Konzeptes für die Dienststellen verschoben.

Auf Grund der neuen **PDV 211** wurde die **Schießaus- und -fortbildung** für die Fachhochschule angepasst. Im Wesentlichen wird eine neue „Kontrollübung“ eingefügt. Die Umsetzung der PDV 211 für den Einzeldienst ist noch in Bearbeitung.

Koll. **Jürgen Mosen** stellte dem HPRP den Entwurf für die Führungstrainings vor. Die Führungskräfte sollen künftig alle 5 bis 7 Jahre verpflichtend an jeweils drei 3-tägigen Modulen teilnehmen. Die Bewertung durch das ISM steht noch aus.

Dieter Kronauer, Margarethe Relet (Polizeibeschäftigte), Ernst Scharbach (Beamte)

NEUE DIENSTKLEIDUNG

Polizei kommt in blauer Uniform

In ihren nagelneuen Uniformen sind erstmals Polizistinnen und Polizisten in Rheinland-Pfalz im Einsatz. Seit April läuft der Trageversuch für die neue Dienstkleidung.

Insgesamt wurden 100 Kolleginnen und Kollegen aus 42 verschiedenen Dienststellen ausgewählt, um in den nächsten sechs Monaten die neue Dienstkleidung zu testen. Ihre Erfahrungen fließen in die Endgestaltung der neuen Dienstkleidung ein, die bis 2012 die grün-beige Uniform ablösen soll.

Leitgedanken bei der Einführung der neuen Dienstanzüge seien die Verbesserung von Funktionalität und der Komfort, er-



Kollege Stefan Dommermuth und Kollegin Manuela Kiefer in der neuen blauen Uniform.

klärte Innenminister Karl Peter Bruch bei der Präsentationsaktion des neuen Outfits auf dem Mainzer Gutenbergplatz. Eine

moderne und leistungsfähige Polizei soll über eine adäquate, ansprechende und insbesondere funktionale Dienstkleidung verfügen, so der Minister. Der Wechsel von der grünen zur blauen Kleidung sei keine Trendfrage gewesen: „Es geht vor allem um die Qualität und die Tauglichkeit, die farbliche Umstellung verursacht keine Kosten für das Land“.

Es wird etwa drei Jahre dauern, bis alle Polizistinnen und Polizisten mit der neuen Dienstkleidung ausgestattet sind. Die erste Kleiderserie geht an den Wechselschichtdienst. Dort freut man sich schon auf die neue Dienstkleidung. „Ich finde, die neuen Uniformen sehen viel besser aus, sind funktionaler und leichter zu waschen“, meint Ingo

Schütte von der PAST Gau-Bickelheim, auch für die GdP aufmerksamer Begleiter des Trageversuches. **TW**

Anzeige



PSW-Rabatt?
www.psw-reisen.de
0 61 31/9 60 09 23

Überflieger!
5 x Testsieger bei
Stiftung Warentest.

STIFTUNG WARENTEST
TESTSIEGER
Bausparkassen im Vergleich
5 x Platz 1: Die SIGNAL IDUNA Bauspar AG
FINANZtest® 11/2006
www.finanzttest.de

Bauen Sie auf den Testsieger! Wir beraten Sie gern.
Ein Angebot der SIGNAL IDUNA Bauspar AG.

SIGNAL IDUNA 
Versicherungen und Finanzen

Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

SIGNAL IDUNA Gruppe • DBV Stefan Frey • Roßmarkt 10 • 60311 Frankfurt
Telefon (0 69) 29 85-5 03 • Telefax (0 69) 29 85-4 44

SONNENUNTERGANG AUF KEY WEST



MIT PSW-ZUSCHUSS?

Foto: Moser

POLIZEI Gewerkschaft der Polizei
DEIN PARTNER

Ball der Polizei

der GdP-Kreisgruppe
Polizeidirektion Kaiserslautern

„Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“

Elvis lebt!

King of Memphis

+
The Celebrations

Gesangsshow,
Tanz- und Programmbegleitung

Perry + Eve

Moderation und
Entertainment

5. Mai 2007
20.00 Uhr
Einlass 19.00 Uhr
Fruchthalle
Kaiserslautern

EINTRITTSPREIS: 15,00 €

KARTENVORKAUF:

Buchhandlung Gornbrun,
Kerststraße 9 – 15, Kaiserslautern,
Tel. 06 31 / 36 21 90

VERANSTALTER:

Polizeisozialwerk Rheinland-Pfalz
Gewerkschaft der Polizei

Josef „Bobby“ Sander wurde 95



Josef Baus, „Bobby“ Sander und Heinz Blatt (v. l. n. r.)

Am 20. März 2007 feierte Josef „Bobby“ Sander, eines unserer ältesten Mitglieder im Landesbezirk, seinen 95. Geburtstag. Mitglieder des Landesvorstandes ehrten den „Mann der ersten Stunde“.

Kollege Heinz Blatt ging in seiner Laudatio auf den beruflichen Werdegang von „Bobby Sander“ ein, der bereits 1931 als 19-Jähriger in H.-Münden in den Polizeidienst eintrat. Große Hochachtung und Wertschätzung erwarb sich der Jubilar bei den Bediensteten der PAST Montabaur, deren Chef er von 1950 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1972 war. Seit 1951 ist er Mitglied unserer

Gewerkschaft der Polizei. Heinz Blatt überbrachte die Glückwünsche des Landesbezirkes und dankte für die große Aufbauleistung in den Nachkriegsjahren. Er wünschte dem Jubilar alles Gute für die Zukunft, vor allem Gesundheit und noch viele gesellige Erlebnisse im Kreise der Kolleginnen und Kollegen der GdP-Seniorengruppe beim Polizeipräsidium Koblenz. **Heinz Blatt**

LANDESKRIMINALAMT

KG LKA wählte

Holger Mönicke ist neuer Vorsitzender der Kreisgruppe Landeskriminalamt.

Am 8. März 2007 fand in den Räumen des LKA die Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen statt. Als Gäste vom Landesvorstand konnten Thomas Will und der stellvertretende Landesvorsitzende Bernd Becker begrüßt werden.

Der bisherige Vorsitzende Ulrich Roeder kandidierte wegen anderer ehrenamtlicher Verpflichtungen nicht mehr. Einstimmig wurde Holger Mönicke zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er arbeitet seit vielen Jahren im LKA, war in der GdP auf Landes- und Kreisgruppenebene in verschiedenen Funktionen ebenso aktiv wie als Personalrat. Er ist Garant dafür, Gewerkschaftsarbeit an der Basis qualifiziert und kontinuierlich mitzugestalten.

Die Wahlen des Vorstandes hatten folgendes Ergebnis:

Stellvertretende Vorsitzende: Inge Rost, Werner Comes und Reinhold Zimmer,

Schriftführerin: Gabriela Schmidt, stellv. Schriftführerin: Kerstin Weber.

Kassierer: Harald Metzinger, stellv. Kassiererin Bärbel Becker.

Als Beisitzer wurden gewählt: Patrick Huppert, Ulrich Helmdach, Adolf Kessel, Ulrich Kiefer, Ulrich Roeder, Wolfgang Landua, Hans Schäfer, Lothar Weber, Uli Göbel, Sebastian Boitz, Michael Schenkelberg, Karl-Heinz Bösch, Jutta Schmitt und Monika Schmitt.

Bernd Becker und Thomas Will informierten über die Umsetzung des neuen Tarifvertrages und die Beförderungssituation. Ein weiterer Schwerpunkt war die Besoldungsentwicklung. In den letzten Jahren haben die Beamten erhebliche Einschnitte hinnehmen müssen. Deshalb fordern GdP und DGB für 2007 und 2008 ein deutliches Plus.



Thomas Will, Ulrich Roeder, Bernd Becker und Werner Comes (v. l. n. r.)

WIR TRAUERN UM

Christina Lay, 49 Jahre; Ehefrau von Kollege Karl Lay, KG PD Neuwied/Altenkirchen
Wolfgang Dartsch, PP/PD Koblenz, 90 Jahre
Gisela Renkel, 81 Jahre; Ehefrau von Kollege Ferdinand Renkel, KG Rhein-Nahe
Roman Delarber, KG PP Westpfalz, 51 Jahre
Wilhelm Pfaffmann, KG PP Westpfalz, 84 Jahre
Ursula Lang, 61 Jahre; Ehefrau von Kollege Hans Lang, KG PP/PD Koblenz
Conrad Stannehl, KG PP/PD Mainz, 75 Jahre
Hubert Waldschütz, KG PP/PD Mainz, 89 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Peter Neu, KG PD Wittlich
Wolfram Werner, KG PP/PD Koblenz
Holger Klinkner, KG PP/PD Koblenz